

**Vertrag zur Auftragsverarbeitung
personenbezogener Daten**
(gem. Artikel 28 DSGVO)

für das Hinweisgebersystem VISPATO

Auftragsverarbeiter/Auftragnehmer:

**Vispato GmbH
Hansaallee 299
40549 Düsseldorf**

Auftraggeber:

**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Hinrich-Schmaifeldt-Straße 40
27576 Bremerhaven**

Präambel

Dieser Vertrag konkretisiert die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien, die sich aus den Tätigkeiten (Auftragsverarbeitungen) aus dem Auftrag (Hauptvertrag) ergeben. Dieser Vertrag findet auf alle Tätigkeiten Anwendung, bei denen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder durch ihn beauftragte Unterauftragnehmer (Subunternehmer) personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeiten.

In diesem Vertrag verwendete Begriffe sind entsprechend ihrer Definition in der EU Datenschutz-Grundverordnung, nachfolgend DSGVO genannt, zu verstehen. Soweit Erklärungen im Folgenden „schriftlich“ zu erfolgen haben, ist die Schriftform nach § 126 BGB gemeint. Im Übrigen können Erklärungen auch in anderer Form erfolgen, soweit eine angemessene Nachweisbarkeit gewährleistet ist.

§ 1 Begriffsdefinitionen

- (1) **Auftragsverarbeiter**
Auftragsverarbeiter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet;
- (2) **Verantwortlicher**
Verantwortlicher ist die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.
- (3) **Personenbezogene Daten**
Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person.
- (4) **Verarbeitung**
Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag umfasst die Erhebung, Veränderung, Abfrage, Offenlegung einschließlich Übermittlung und Löschung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers.

- (5) **Weisung**
Eine Weisung erfolgt regelmäßig durch die Leistungsbeschreibung im Hauptvertrag, sie kann vom Auftraggeber jederzeit bei Bedarf in schriftlicher Form durch eine einzelne Weisung geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung).
- (6) **Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten**
Eine Verletzung der Sicherheit, die zur unbeabsichtigten oder unrechtmäßigen Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung oder zur unbefugten Offenlegung von oder zum unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten geführt hat, die verarbeitet wurden.

§ 2 Gegenstand des Hinweisgebersystems und Dauer der Verarbeitung

- (1) Der Auftragnehmer stellt eine internetbasierte Plattform für ein Hinweisgebersystem zur Verfügung.
- (2) Dazu erhalten die Mitarbeiter des Auftraggebers einen Zugangslink auf eine firmenspezifische Internetadresse.
- (3) Die Mitarbeiter können über die zur Verfügung gestellte Internetadresse anonym einen beliebigen Hinweistext zu einem hinterlegten Themenblock (Geldwäschegesetz, DSGVO u.a.) absetzen, der dann an zugeordnete Ansprechpartner übermittelt wird.
- (4) Die Ansprechpartner haben die Möglichkeit, ebenfalls anonym, auf entsprechende Hinweise zu antworten.
- (5) Die Datenverarbeitung endet mit der Leistungsvereinbarung (Hauptvertrag) zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer.

§ 3 Art und Zweck der Datenerhebung, -verarbeitung oder -nutzung

- (1) Die Identität des Hinweisgebers wird nicht automatisch erfasst, damit ist die Anonymität der Hinweisgeber sichergestellt. Auch auf die IP-Adressen im Rahmen des Logins hat der Auftraggeber keinen Zugriff.
- (2) Dem Hinweisgeber ist jedoch freigestellt selber Daten in den Hinweisen einzugeben die direkt oder indirekt einer natürlichen Person zugeordnet werden können oder auch die Identität des Hinweisgebers offenlegt.
- (3) Die Verarbeitung und Nutzung der Daten findet ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.
- (4) Das Hinweisgebersystem wird im zertifizierten (ISO 27001) Rechenzentrum der DATEV eG gehostet.
- (5) Zugriff auf die Hinweise haben nur die vordefinierten Ansprechpartner des Auftraggebers.

§ 4 Kategorien betroffener Personen

- (1) Betroffen von der Datenverarbeitung sind die Ansprechpartner beim Auftraggeber. Dabei werden die E-Mail Adressen der Ansprechpartner für die Einladungen gespeichert.
- (2) Betroffen von der Datenverarbeitung sind auch Personen die direkt oder indirekt in den Hinweistexten der Hinweisgeber eingetragen werden. Der Auftragnehmer hat auf den Inhalt der Hinweistexte keinen Einfluss.

§ 5 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer führt die Leistungen ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarung und nach Weisungen des Auftraggebers durch. Er verwendet Daten, die

ihm im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrags bekannt geworden sind, nur für die vereinbarten Vertragszwecke. Eine Verarbeitung oder Nutzung ohne Kenntnis des Auftraggebers oder zu eigenen Zwecken des Auftragnehmers ist nicht erlaubt. Kopien oder Duplikate werden nur im Rahmen notwendiger Datensicherungen (Verfügbarkeitskontrolle) erstellt, dabei werden alle Datensicherungsmedien durch eine dem technischen Stand entsprechende Verschlüsselung vor unbefugtem Zugriff geschützt.

- (2) Der Auftragnehmer bestätigt, dass ihm die einschlägigen, allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind. Er beachtet die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung.
- (3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung eines Betroffenenrechts unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.
- (4) Der Auftragnehmer sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert zu, dass die für den Auftraggeber verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden.
- (5) Bei der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12 bis 22 DSGVO durch den Auftraggeber, an der Erstellung der Verzeichnisse von Verarbeitungstätigkeiten sowie bei erforderlichen Datenschutz-Folgenabschätzungen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer im notwendigen Umfang mitzuwirken und den Auftraggeber soweit möglich angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit e und f DSGVO).
- (6) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO). Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Verantwortlichen beim Auftraggeber nach Überprüfung bestätigt oder geändert wird.
- (7) Wird der Auftraggeber durch Aufsichtsbehörden oder andere Stellen einer Kontrolle unterzogen oder machen betroffene Personen ihm gegenüber Rechte geltend, verpflichtet sich der Auftragnehmer den Auftraggeber im erforderlichen Umfang zu unterstützen, soweit die Verarbeitung im Auftrag betroffen ist.
- (8) Auskünfte an Dritte oder den Betroffenen darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger Zustimmung durch den Auftraggeber erteilen. Direkt an ihn gerichtete Anfragen wird er unverzüglich an den Auftraggeber weiterleiten.
- (9) Der Auftragnehmer erfüllt die Vorgaben des § 38 BDSG-neu und hat einen Datenschutzbeauftragten bestellt. Als Beauftragter für den Datenschutz ist:

Name:

Tel.:

E-Mail: datenschutz@datenschutzservice.nrw

bestellt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 6 Verpflichtung zur Wahrung der Verschwiegenheit

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich im Rahmen der Auftragserfüllung zur Wahrung der Vertraulichkeit personenbezogener Daten im Sinne der DSGVO und des BDSG, zur Wahrung von Privatgeheimnissen im Sinne des § 203 StGB und zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gem. § 4 GeschGehG. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut machen sowie diese auf

die Wahrung der Vertraulichkeit personenbezogener Daten verpflichtet wird. Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften durch seine Beschäftigten und wird den Datenschutz und die Datensicherheit durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen sicherstellen.

- (2) Die Verpflichtung aus Absatz 1 besteht auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses zeitlich unbegrenzt fort.
- (3) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass die Angehörigen der im § 203 Abs. (1) StGB aufgeführten Berufsgruppen einer besonderen Verschwiegenheitspflicht im Hinblick auf die ihnen bekannt gewordenen Tatsachen ihrer Mandanten/Klienten unterliegen. Der Auftragnehmer wird daher in geeigneter Form alle Mitarbeiter, die er im Rahmen der Auftragsbefreiung einsetzt, über das Erfordernis außerordentlicher Vertraulichkeit unterrichten und diese auf die berufliche Verschwiegenheit des Auftraggebers in Textform verpflichten. Insbesondere wird der Auftragnehmer seine Mitarbeiter darüber informieren, dass nur auf Daten zugegriffen werden darf die zwingend zur Auftragsbefreiung erforderlich sind (Minimalprinzip).
- (4) Verstöße gegen diese Verpflichtungserklärung können zur fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses führen sowie gemäß §§ 42, 43 BDSG-neu und § 203 StGB mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden.

§ 7 Technische und organisatorische Maßnahmen

- (1) Der Auftragnehmer sichert in seinem Verantwortungsbereich die Umsetzung und Einhaltung der vereinbarten allgemeinen und technischen und organisatorischen Maßnahmen entsprechend Art. 25 und 32 DSGVO zu, welche dokumentiert und bei Akzeptanz durch den Auftraggeber Bestandteil des Vertrags werden. Die konkreten technisch organisatorischen Maßnahmen beim Auftragnehmer sind in einer Anlage gesondert zu dokumentieren.
- (2) Die Datensicherheitsmaßnahmen können der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung entsprechend angepasst werden, solange das hier vereinbarte Niveau nicht unterschritten wird. Zur Aufrechterhaltung der Informationssicherheit erforderliche Änderungen hat der Auftragnehmer unverzüglich umzusetzen. Änderungen sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentliche Änderungen sind zwischen den Parteien zu vereinbaren.
- (3) Soweit die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den Anforderungen des Auftraggebers nicht oder nicht mehr genügen, benachrichtigt der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich.
- (4) Der Auftragnehmer sichert zu, dass die im Auftrag verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden (Trennungsgebot).
- (5) Kopien oder Duplikate werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Ausgenommen sind technisch notwendige, temporäre Vervielfältigungen, soweit eine Beeinträchtigung des hier vereinbarten Datenschutzniveaus ausgeschlossen ist.
- (6) Verarbeitungen im Home-Office sind nur zulässig, wenn dort ein angemessenes Datenschutzniveau eingehalten wird. Dazu gehört, dass der Telearbeiter über entsprechende Räumlichkeiten verfügt, die ein vertrauliches Arbeiten ermöglichen und dass dem Telearbeiter ein dedizierter Internetanschluß zur Verfügung steht. In keinem Fall ist es zulässig, dass der Telearbeiter sich den Internetanschluß mit Mitbewohnern teilt oder private Geräte für betriebliche Tätigkeiten genutzt werden.
- (7) Dedizierte Datenträger, die vom Auftraggeber stammen bzw. für den Auftraggeber genutzt werden, werden besonders gekennzeichnet und unterliegen der laufenden Verwaltung. Sie sind jederzeit angemessen aufzubewahren und dürfen unbefugten Personen nicht zugänglich sein. Ein- und Ausgänge werden dokumentiert.

- (8) Der Auftragnehmer führt den regelmäßigen Nachweis der Erfüllung seiner Pflichten, insbesondere der vollständigen Umsetzung der vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen. Der Nachweis ist dem Auftraggeber spätestens alle 12 Monate unaufgefordert und sonst jederzeit auf Anforderung zu überlassen. Der Nachweis kann durch genehmigte Verhaltensregeln oder ein genehmigtes Zertifizierungsverfahren erbracht werden.

§ 8 Regelungen zur Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten

- (1) Im Rahmen des Auftrags verarbeitete Daten wird der Auftragnehmer nur entsprechend der getroffenen Vereinbarung oder nach Weisung des Auftraggebers berichtigen, löschen oder sperren.
- (2) Den entsprechenden Weisungen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer jederzeit und auch über die Beendigung dieses Vertrages hinaus Folge leisten.

§ 9 Hinzuziehung von Subunternehmern nach Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. d DSGVO

- (1) Aufträge an Subunternehmer durch den Auftragnehmer dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers vergeben werden.
- (2) Die Auftragsvergabe an Subunternehmer muss schriftlich erfolgen. Der Auftragnehmer hat den Subunternehmer sorgfältig auszuwählen. Er hat sich vor Beginn der Datenverarbeitung durch den Subunternehmer und sodann regelmäßig von der Einhaltung der beim Subunternehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu überzeugen und die Ergebnisse zu dokumentieren. Dem Auftraggeber ist auf Verlangen eine Ausfertigung des Auftrages sowie der Prüfdokumentation zur Verfügung zu stellen.
- (3) Wenn Subunternehmer durch den Auftragnehmer eingeschaltet werden, so werden die vertraglichen Vereinbarungen so gestaltet, dass sie den Anforderungen dieser Vereinbarung entsprechen. Dem Auftraggeber sind Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Auftraggeber berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragnehmer Auskunft über den wesentlichen Vertragsinhalt und die Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Unterauftragnehmers zu erhalten, erforderlichenfalls auch durch Einsicht in die relevanten Vertragsunterlagen.
- (4) Die Verantwortlichkeiten des Auftragnehmers und des Subunternehmers sind eindeutig voneinander abzugrenzen.
- (5) Kommt der Subunternehmer seinen Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet hierfür der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.
- (6) Als Datenverarbeitung von Subunternehmern werden nicht sogenannte notwendige Nebenleistungen von Externen beim Auftragnehmer angesehen, wie Reinigungsleistungen, Telekommunikationsleistungen, technische Dienstleistungen, Entsorger für Papier und Datenträger, Wartungsarbeiten etc.

§ 10 Rechte und Pflichten des Auftraggebers

- (1) Für die Beurteilung der Zulässigkeit der beauftragten Verarbeitung sowie für die Wahrung der Rechte von Betroffenen ist allein der Auftraggeber verantwortlich.
- (2) Der Auftraggeber erteilt alle Aufträge, Teilaufträge oder Weisungen dokumentiert. In Eilfällen können Weisungen mündlich erteilt werden. Solche Weisungen wird der Auftraggeber unverzüglich dokumentiert bestätigen.
- (3) Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz

und der vertraglichen Vereinbarungen beim Auftragnehmer in angemessenem Umfang selbst oder durch Dritte, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme sowie sonstige Kontrollen vor Ort zu kontrollieren. Den mit der Kontrolle betrauten Personen ist vom Auftragnehmer soweit erforderlich Zutritt und Einblick zu ermöglichen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, erforderliche Auskünfte zu erteilen, Abläufe zu demonstrieren und Nachweise zu führen, die zur Durchführung einer Kontrolle erforderlich sind.

- (5) Kontrollen beim Auftragnehmer haben ohne vermeidbare Störungen seines Geschäftsbetriebs zu erfolgen. Soweit nicht aus vom Auftraggeber zu dokumentierenden, dringlichen Gründen anders angezeigt, finden Kontrollen nach angemessener Vorankündigung und zu Geschäftszeiten des Auftragnehmers, sowie nicht häufiger als alle 12 Monate statt. Soweit der Auftragnehmer den Nachweis der korrekten Umsetzung der vereinbarten Datenschutzpflichten (siehe Kap. 5) erbringt, soll sich eine Kontrolle auf Stichproben beschränken.
- (6) Dieser Vertrag unterliegt dem BremIFG. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein.

§ 11 Meldepflicht bei Datenschutzverletzungen

- (1) Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber umgehend und möglichst innerhalb von 72 Stunden bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufes, bei Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder andere Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers sowie in Fällen eines Verstoßes gegen die in diesem Auftrag getroffenen Festlegungen. Dies gilt explizit auch für die unrechtmäßige Kenntniserlangung von Daten. Sollten die Daten des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer wird alle in diesem Zusammenhang Verantwortlichen unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit an den Daten beim Auftraggeber liegt.
- (2) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich von Kontrollen oder Maßnahmen von Aufsichtsbehörden oder anderen Dritten, soweit diese Bezüge zur Auftragsverarbeitung aufweisen.
- (3) Der Auftragnehmer sichert zu, den Auftraggeber bei dessen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO im erforderlichen Umfang zu unterstützen.

§ 12 Weisungsbefugnisse des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber behält sich hinsichtlich der Verarbeitung im Auftrag ein umfassendes Weisungsrecht vor.
- (2) Auftraggeber und Auftragnehmer benennen die zur Erteilung und Annahme von Weisungen ausschließlich befugten Personen:

Ansprechpartner beim Auftraggeber:

Ansprechpartner beim Auftragnehmer:

- (3) Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der benannten Personen sind der anderen Partei Nachfolger bzw. Vertreter unverzüglich mitzutellen.
- (4) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Verantwortlichen beim Auftraggeber bestätigt oder geändert wird.
- (5) Der Auftragnehmer hat ihm erteilte Weisungen und deren Umsetzung zu dokumentieren.

§ 13 Rückgabe und Löschung personenbezogener Daten nach Vertragsende

- (1) Nach Beendigung des Vertrages hat der Auftragnehmer sämtliche in seinem Besitz befindlichen Unterlagen, Datenträger oder sonstigen Ergebnisse auf Wunsch des Auftraggebers physisch zu löschen bzw. diesem restlos mit der Erklärung zurückgeben, dass sich keine weiteren Kopien beim Auftragnehmer oder bei Unterauftragnehmern befinden. Beim Auftragnehmer gespeicherte Daten sind in Abstimmung mit dem Auftraggeber physisch zu löschen. Die Löschung ist zu dokumentieren. Test- und Ausschussmaterial ist unverzüglich zu vernichten bzw. zu löschen.
- (2) Eine physische Vernichtung erfolgt gemäß DIN 66399-2 min. Sicherheitsstufe P-4
- (3) Auftragnehmer hat den Nachweis der ordnungsgemäßen Vernichtung zu führen und dem Auftraggeber unverzüglich vorzulegen.
- (4) Dokumentationen, die dem Nachweis der ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragnehmer den jeweiligen Aufbewahrungsfristen entsprechend auch über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung dem Auftraggeber bei Vertragsende übergeben.

§ 14 Haftung nach Art. 82 DSGVO

- (1) Für den Ersatz von Schäden, die eine Person wegen einer unzulässigen oder unrichtigen Datenverarbeitung im Rahmen des Auftragsverhältnisses erleidet, haften Auftraggeber und Auftragnehmer als Gesamtschuldner.
- (2) Der Auftragnehmer trägt die Beweislast dafür, dass ein Schaden nicht Folge eines von ihm zu vertretenden Umstandes ist, soweit die relevanten Daten unter dieser Vereinbarung verarbeitet wurden. Solange dieser Beweis nicht erbracht wurde, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erste Anforderung von sämtlichen Ansprüchen frei, die im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung gegen den Auftraggeber erhoben werden.
- (3) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für Schäden, die der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter bzw. die von ihm mit der Vertragsdurchführung Beauftragten oder die von ihm eingesetzten Subdienstleister im Zusammenhang mit der Erbringung der beauftragten vertraglichen Leistung schuldhaft verursachen.
- (4) Nummern (2) und (3) gelten nicht, soweit der Schaden durch die korrekte Umsetzung der beauftragten Dienstleistung oder einer vom Auftraggeber erteilten Weisung entstanden ist.

§ 15 Sonderkündigungsrecht

- (1) Der Auftraggeber kann den Hauptvertrag und diese Vereinbarung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen („außerordentliche Kündigung“), wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt, der Auftragnehmer eine rechtmäßige Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will oder der Auftragnehmer Kontrollrechte des Auftraggebers vertragswidrig verweigert.

- (2) Ein schwerwiegender Verstoß liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer die in dieser Vereinbarung bestimmten Pflichten, insbesondere die vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen in erheblichem Maße nicht erfüllt oder nicht erfüllt hat.
- (3) Bei unerheblichen Verstößen setzt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Abhilfe. Erfolgt die Abhilfe nicht rechtzeitig, so ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung wie in diesem Abschnitt beschrieben berechtigt.
- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Kosten zu erstatten, die diesem durch die verfrühte Beendigung des Hauptvertrages oder dieses Vertrages in Folge einer außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber entstehen.

§ 16 Sonstiges

- (1) Beide Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen der jeweils anderen Partei auch über die Beendigung des Vertrages vertraulich zu behandeln. Bestehen Zweifel, ob eine Information der Geheimhaltungspflicht unterliegt, ist sie bis zur schriftlichen Freigabe durch die andere Partei als vertraulich zu behandeln.
- (2) Sollte Eigentum des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu verständigen.
- (3) Für Nebenabreden ist die Schriftform erforderlich.
- (4) Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der im Auftrag verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.
- (5) Sollten einzelne Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Düsseldorf, 25.07.22

(Ort, Datum)

Bremerhaven, 26.07.22

(Ort, Datum)



Vispato GmbH
Hansaallee 299
40549 Düsseldorf
Deutschland

www.vispato.de

(Auftragnehmer)

(Auftraggeber)

MAGISTRAT DER STADT BREMERHAVEN
POSTFACH 21 03 60 · 27524 BREMERHAVEN